

Antwort des Ministers Oliver Paasch auf eine Aktuelle Frage
Plenarsitzung vom 20.01.2014

Es gilt das gesprochene Wort

Arbeitslosenschecks

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

die Regierung verfolgt sehr genau – jeden Tag, welche Initiativen der Föderalstaat in den Zuständigkeitsbereichen ergreift, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft entweder direkt oder in einer zweiten Phase über die Wallonische Region übertragen werden sollen.

Im Bereich der Beschäftigungspolitik hat es auf Ebene des Föderalstaates in den letzten Tagen und Wochen auffällig viele Bestrebungen gegeben, bestehende Maßnahmen zu ändern oder sogar neue Maßnahmen einzuführen, für die die Regionen ab dem 1. Juli 2014 zuständig sein werden.

So erfuhren wir zum Beispiel erst durch die Presse, dass die föderale Arbeitsministerin beabsichtigte, das System der ONSS-Erleichterungen für die Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer in den Lokalen Behörden zu ändern.

Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist aber die Deutschsprachige Gemeinschaft jetzt schon zuständig.

Die föderale Arbeitsministerin wäre also verpflichtet gewesen, diese Angelegenheit mit den Regionen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu konzertieren.

Das hat sie aber nicht getan. Darauf haben wir sie dann auch unmittelbar schriftlich hingewiesen.

Von der Initiative der föderalen Arbeitsministerin, spezielle Dienstleistungsschecks zur Beschäftigung von jugendlichen Arbeitssuchenden einzuführen, haben wir ebenfalls nur aus der Presse erfahren.

Wir waren davon genauso überrascht – wie unsere Kollegen in der Flämischen, Brüsseler und Wallonischen Region, die sich dazu ja auch sehr kritisch geäußert haben.

Ich schließe mich diesbezüglich gerne den Worten des flämischen Ministerpräsidenten an: „Eine Absprache mit den Teilstaaten wäre das Mindeste gewesen“.

Diese Idee ist nie mit uns konzertiert worden.

Deshalb habe ich auch in dieser Angelegenheit unmittelbar, noch am Tag der Presseveröffentlichungen, das Kabinett von Frau De Coninck angeschrieben.

Wir haben aber bis zum heutigen Tag zu diesem Vorhaben keinerlei Unterlagen, geschweige denn Finanzierungsvorschläge erhalten.

Offensichtlich hat es für diese Initiative vorab auch keinen Konsens auf Ebene der föderalen Koalitionspartner gegeben.

Gestern hat das Kabinett De Coninck uns nun auf Nachfrage angeboten, das Thema mit uns konzertieren zu wollen.

Sie werden verstehen, dass ich vor diesem Hintergrund das Vorhaben der föderalen Arbeitsministerin zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bewerten kann.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.